

Brennpunkt IRAK

Dr. Hans J. Esderts und Christoph Schuck

Mögliche Auswirkungen eines U.S.-amerikanischen Angriffes gegen den Irak im Hinblick auf Indonesien

Vorbetrachtungen

Indonesien gilt zurecht als das größte islamische Land der Erde, knapp 90% der etwa 220 Millionen Einwohner sind Muslime. In diesem Zusammenhang dürfte es naturgemäß wenig überraschen, wenn ein Angriff der USA auf den ebenfalls überwiegend von Muslimen bevölkerten Irak erhebliche Auswirkungen auch auf Indonesien hätte. Gleichwohl handelt es sich bei diesem Staat, dessen Territorium sich auf mehr als 14.000 Inseln verteilt, aus mehreren Gründen um einen Sonderfall. Auf die zwei wichtigsten soll an dieser Stelle verwiesen werden. Der erste Punkt bezieht sich dabei auf die staatskonzeptionelle, der andere auf die gesellschaftliche Ebene.

Auch wenn man gegenwärtig ohne Zweifel Indonesien noch keinesfalls mit einer positiv konsolidierten Demokratie gleichsetzen kann, muss dennoch konstatiert werden, dass dieses Land bereits auf Elemente einer demokratischen Gesellschaftsordnung zurückgreift, beispielsweise auf freie Wahlen. Es kann in diesem Zusammenhang als offensichtlich angesehen werden, dass solche Staaten auf einen Irak-Krieg anders reagieren werden als autokratische Systeme.

Die Ausprägung der indonesischen Form des Islam ist darüberhinaus nicht mit der vieler Staaten des Mittleren Ostens oder Afrikas zu vergleichen. Auch hier handelt es sich im Hinblick auf Indonesien um einen Sonderfall, der unter normativen Gesichtspunkten durchaus als vorteilhaft bewertet werden kann. Dieser, auch unter demokratischen Aspekten wünschenswerte Status würde jedoch im Falle eines Irak-Krieges maßgeblich gefährdet werden. In diesem Zusammenhang bieten sich einige detailliertere Überlegungen an.

Zur Gestaltung der indonesischen Gesellschaft und zur Ausprägung des Islam

Viele Menschen des Westens verbinden mit der islamischen Religion Elemente der Aggressivität und Bedrohung. Sie legen in diesem Zusammenhang jedoch ein verallgemeinerndes und undifferenziertes Bild zugrunde. Richtig ist, dass in jeder Religion – im Christentum, bei den Buddhisten, Hindus, Juden und auch im Islam – radikale und moderate Strömungen zu beobachten sind. Wird diese Hypothese berücksichtigt, wird deutlich, dass Differenzierungen notwendig sind, um politische und gesellschaftliche Entwicklungen adäquat nachvollziehen zu können.

Auf das indonesische Beispiel bezogen verdeutlicht eine solche Vorgehensweise, dass die hiesige Ausprägung des Islam eine ganz besondere ist – eine, die, auf die überwältigende Mehrheit bezogen, weder auf Radikalität beruht noch als mit demokratischen Normen unvereinbar eingestuft werden kann. Im Wesentlichen begründet sich dieser Sachverhalt in zwei entscheidenden Merkmalen, der gesellschaftlichen Gesamtkonzeption Indonesiens und der spezifischen islamischen Philosophie.

(1) Im Hinblick auf seine Bevölkerungs- und Religionsgruppen muss Indonesien als ausgesprochen heterogen eingestuft werden. Bereits die Staatsgründer, Sukarno und Hatta erkannten nach der Unabhängigkeit des Jahres 1945, dass der Fortbestand eines einheitlichen indonesischen Staates nur dann dauerhaft gewährleistet werden kann, wenn keine der verschiedenen Gruppen eine umfassende Dominanz ausübt. Die sog. *Jakarta Charta*, durch die die Verbindlichkeit des islamischen Rechts (*Shariah*) in der indonesischen Verfassung verankert werden sollte, wurde letztlich aus diesem Grund zurückgewiesen. Die spezifisch indonesische Staatsphilosophie, *Pancasila*, unterstreicht zusätzlich die Notwendigkeit eines einheitlichen Staates und betont explizit die Gleichberechtigung verschiedener Religionen. Sowohl unter Sukarno als auch später unter Suharto wurden

gerade auch die starken islamischen Strömungen als Bedrohung der Einheit Indonesiens angesehen und entsprechend unterdrückt. Wie umfassend dieses Prinzip der *Bhinneka Tunggal Ika* (Einheit in der Vielfalt) auch in der gegenwärtig stattfindenden Systemtransition noch zu beobachten ist, kann exemplarisch an den verhältnismäßig niedrigen Stimmanteilen der stärker islamisch fokussierten Parteien bei den Parlamentswahlen des Jahres 1999 beobachtet werden. Offensichtlich besteht innerhalb der indonesischen Gesellschaft mehrheitlich auch in einer Zeit der freien Meinungsäußerung nicht der Wunsch nach einer stärkeren Islamisierung der Politik.

(2) Neben der auf dem Prinzip der Diversität beruhenden *Pancasila*-Philosophie scheint für die tolerante Ausprägung des indonesischen Islam ein weiteres Merkmal verantwortlich zu sein. Die überwältigende Mehrheit der hiesigen Muslime kann der sog. *Abangan*-Gruppe zugeordnet werden, die zwar auch durch die islamische Lehre, jedoch zusätzlich durch Elemente eines traditionellen javanischen Mystizismus beeinflusst wird: „... The intense moralism, the rigorous concern with doctrine, and the intolerant exclusivism which are so much part of Islam“, schreibt beispielsweise Adam Schwarz, seien ihnen fremd¹. In Indonesien wurde, wie auch führende islamische Gelehrte und Politiker wie Hasyim Muzadi von der größten Muslimorganisation des Landes (*Nahdlatul Ulama*) oder Amien Rais, Sprecher der Volksversammlung (MPR) und Vorsitzender der mittlerweile durchaus islamisch fokussierten *Partai Amanat Nasional* (PAN) bestätigen, die Etablierung eines islamischen Staates von der überwältigenden Mehrheit nie ernsthaft in Erwägung gezogen.

Ebenso wie die indonesischen Moslems so sind auch die irakischen Moslems zum allergrößten Teil der moderneren, liberalen Kategorie zuzuordnen. Fundamentalistische Strömungen treten auch dort sicherlich seltener in Erscheinung als in den Nachbarländern des Nahen Ostens. Synkretismus prägen die indonesische Moslems auf dem Lande; in der Städten beginnt sich eine puristisch-dogmatischere Variante hervor zu tun. Verbindungen zu politisch - religiösen Gruppen könnte es vielleicht geben; die Vorvater mancher Islamführer und *Kyai/Ustad* stammen aus dem Jemen und Saudi Arabien, diese sind vielfach den radikalere Anführern zuzurechnen. Drei der führenden Moslemführer leiten ihre Herkunft aus dem Nahen Osten ab und folgen in ihrer Symbolik, Methoden der Gewaltanwendung dem Vorbild des Wahabismus Saudi Arabiens. Ihr Anspruch auf Unfehlbarkeit in der einzig richtigen Interpretation des Koran ist evident.

Gemeinsamkeiten indonesischer und irakischer (aber auch aller anderen) Moslems ergeben sich aus der Zugehörigkeit zur großen Glaubensgemeinschaft, der *Ummah*, aller Moslems, woraus eine unabweisbare Solidarität mit dem Irak und anderen resultiert, die sich von Marginalisierung, technischer Rückständigkeit und Arroganz der größeren industrialisierten Länder, besonders natürlich der USA betroffen fühlen.

Nach den Anschlägen von Bali – eine verschärfte Situation in Indonesien?

Zumindest auf den ersten Blick hat sich die Situation in Indonesien nach dem Terroranschlag von Bali (12. Oktober 2002) verschärft. Schon zuvor hatten diverse Staaten, allen voran die USA, Indonesien als ideales Rückzugsgebiet für international agierende Terroristen bezeichnet und die vermeintliche Untätigkeit der Regierung unter Präsidentin Megawati mit zum Anlass genommen, Sanktionen zu verhängen. Nach der Katastrophe von Bali scheinen die politisch Verantwortlichen in Indonesien tatsächlich ambitionierter gegen terroristische Elemente vorzugehen, so können bereits fünfzehn Festnahmen, inklusive die zweier Hauptverdächtiger mit den Namen *Amrozi* und *Samudra*, vermeldet werden.

Gleichwohl befindet sich die indonesische Regierung in einer außerordentlich prekären Situation. Auf der einen Seite muss sie, nach den Anschlägen von Bali mehr als je zuvor, bestrebt sein, gegen Terroristen im Land massiv vorzugehen. Auf der anderen Seite darf durch die Handlungsweisen der politischen Führung unter keinen Umständen der Eindruck erweckt werden, man handele unter dem Druck des Auslandes oder sei sogar mittlerweile eine Marionette der USA geworden. So forderte kürzlich der Vorsitzende der zweitgrößten Muslimorganisation des Landes (*Muhammadiyah*), Syafii Ma'arif, vollkommen zurecht, Regierung und Sicherheitskräfte sollten entschieden gegen Kriminelle vorgehen, jedoch sei es unbedingt notwendig, der Öffentlichkeit zügig und eindeutige Beweise für ihre Schuld vorzulegen, damit nicht der Eindruck entstände, man verfolge generell Anhänger radikaler Ausprägungen des Islam. Solange sich letztere im Bereich der staatlichen Gesetze bewegen, gilt auch unter demokratietechnischen Gesichtspunkten, das Recht auf freie Meinungsäußerung aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig würden Festnahmen ohne die parallele Präsentie-

¹ Schwarz, Adam 2000: A Nation in waiting. Indonesia's search for stability (Second Edition); Boulder, Seite 166.

rung von Beweisen ohne Zweifel zu einer erheblichen Radikalisierung ursprünglich moderater Muslime beitragen. Ohne Abu Bakar Ba'asyir, der unter dem Verdacht steht, Anführer der mittlerweile von den Vereinten Nationen als Terrorgruppe eingestufte Organisation *Jemaah Islamiyah* zu sein, nur im mindesten in Schutz nehmen zu wollen, muss gleichzeitig konstatiert werden, dass seitens der Sicherheitskräfte bzw. der Regierung auch mehrere Wochen nach seiner Festnahme keine stichhaltigen Beweise vorgelegt wurden. Ein solches Verhalten der Exekutivkräfte ist im Hinblick auf eine nachhaltige Terrorbekämpfung kontraproduktiv, es verstärkt die Auffassung vieler Muslime, die Regierung habe sich dem Druck des Auslandes gebeugt und gehe nun undifferenziert gegen sie vor.

Nach den Anschlägen von Bali hat sich gerade für Indonesien viel verändert: Die überwältigende Mehrheit der indonesischen Bevölkerung lehnt Gewalt als Mittel zur Verwirklichung von religiösen Zielvorstellungen entschieden ab. Darüber hinaus hat der Anschlag von Bali und die Detonation von kleineren Bomben an anderen Stellen im Lande dazu geführt, dass das Investitionsklima, insbesondere für ausländische Unternehmen sich enorm verschlechtert hat. Dies macht sich u.a. auch auf dem Arbeitsmarkt (40-40 Mio. Arbeitslose bei steigender Tendenz) drastisch bemerkbar. Die vorwiegend jugendlichen Arbeitslosen bilden das gegenwärtige und zukünftige Rekrutierungsreservoir radikal-islamischer Gruppierungen.

Nahezu das vollständige Spektrum des indonesischen Islam ist noch immer durch eine bemerkenswerte Toleranz gekennzeichnet und durchaus mit demokratischen Wertvorstellungen kompatibel. Dies darf bei all der gegenwärtig umfassenden Berichterstattung über radikal-islamische Gruppen in Indonesien nicht ignoriert werden – es ist zwar richtig, dass solche existieren, sie stellen jedoch eine weitestgehend isolierte Minderheit dar. Einige dieser Gruppen, wie z.B. *Laskar Jihad* (LJ) oder die *Islam Defenders Front* (FPI) haben sich mittlerweile selbst aufgelöst – gerade bei LJ spricht einiges dafür, dass dies auch aufgrund mangelnder ausländischer Unterstützung geschehen ist, denn die Mutterorganisation in Saudi Arabien hatte sich drei Tage vor der Auflösung der LJ Indonesien bereits aufgelöst.

Ungeachtet dessen müssen diese unter normativen Gesichtspunkten positiven Rahmenbedingungen gleichzeitig als verhältnismäßig labil bewertet werden. Es deutet einiges daraufhin, dass diese Ausprägungen von Toleranz und z.T. sogar einem Wohlwollen gegenüber dem Westen durch einen Angriff auf den Irak nachhaltig bedroht werden würden.

Erhebliche Gefährdung des endogenen gesellschaftlichen Gleichgewichtes im Falle eines Irak-Krieges

Das Verhältnis vieler Indonesier zum Westen – insbesondere zu den USA – ist von Ambivalenz geprägt. Zum einen scheint ein gewisses Maß an Bewunderung vorhanden zu sein, das sich exemplarisch in zahlreichen Darstellungen von Flaggen westlicher Staaten, beispielsweise auf Autos oder Kleidungsstücken, widerspiegeln. Auf der anderen Seite kann ein zumindest latenter Antiamerikanismus beobachtet werden, gleiches gilt übrigens auch für Australien. Es erscheint, dass die europäischen Staaten, auch England und gerade Deutschland, gegenwärtig von diesem Phänomen noch deutlich weniger betroffen sind². Dies wird sich jedoch mit hoher Wahrscheinlichkeit im Falle eines Krieges gegen den Irak ändern, insbesondere wenn er mit direkter oder indirekter deutscher Unterstützung für die USA, GB oder gar Israel geführt werden sollte.

Die politische Elite in Indonesien lehnt ebenso wie die indonesische Bevölkerung eine Militäraktion gegen den Irak geschlossen ab. Dass vom Irak eine ernstzunehmende Bedrohung ausgehen könnte, wird in Indonesien noch nicht einmal ansatzweise nachvollzogen. Es herrscht in diesem Zusammenhang in reflektierteren Kreisen die Sichtweise vor, dass die USA aufgrund eigener nationaler Interessen, beispielsweise im Hinblick auf Ölvorkommen, gegen den Irak vorzugehen beabsichtigen und die vermeintliche Existenz von Massenvernichtungswaffen nur als Vorwand missbrauchen. Eine überwiegend anzutreffende Auffassung beschränkt sich dagegen auf eine erschreckende strukturelle Simplizität, im Rahmen derer argumentiert wird, der Westen würde pauschal gegen den Islam vorgehen. Vermeintliche Beweise werden in diesem Zusammenhang im Hinblick auf den Palästina-Konflikt sowie die militärischen Interventionen des Westens – auch hier insbesondere der USA – in von Muslimen bevölkerten Staaten wie Somalia oder Afghanistan angeführt. Unterstützt wird diese Denkweise zusätzlich durch die nach wie vor umfassende Armut im eigenen

² Ein aktuelles Beispiel dafür, welche bizarren Formen diese Widersprüchlichkeit mitunter annimmt, stellt der Drahtzieher der Bali-Attentate, Imam Samudra, dar. Er erklärte bei seinem Verhör, er habe auf Bali so viele Amerikaner wie möglich töten wollen. Gleichzeitig scheint er es jedoch nicht als Widerspruch zu empfinden, ein auffällig bedrucktes T-Shirt der US-amerikanischen Marke Converse zu tragen.

Land, für die nicht selten der Westen im Allgemeinen oder der IWF und die WB im Speziellen verantwortlich gemacht wird.

Sollte es zu einem Krieg gegen den Irak kommen, werden zweifelsfrei die meisten Indonesier dies als einen Angriff des selbsternannten Weltpolizisten USA gegen einen muslimischen Bruderstaat bewerten, was zu umfassenden und ernstzunehmenden Konsequenzen im Hinblick auf die Stabilität der indonesischen Gesellschaft führen wird. Dieses Gefühl wird durch die Einschätzung einiger Indonesier verstärkt, ihr Land könne das nächste „Opfer“ des amerikanischen Anti-Terrorkampfes werden. Vielfach ist selbst aus durchaus gebildeten Kreisen die Einschätzung zu vernehmen, die USA erwägen in naher Zukunft auch, selbst in Indonesien zu intervenieren, um den Kampf gegen den islamischen Fundamentalismus in die eigene Hand zu nehmen. Richtig ist, dass die Amerikaner auf die indonesische Regierung erheblichen Druck ausüben, eine direkte militärische Intervention muss dagegen als unrealistisch und übertrieben bewertet werden.

Unter einer innenpolitischen Perspektive kann davon ausgegangen werden, dass unmittelbar nach Beginn eines Angriffes auf den Irak anti-amerikanische und beharrlich andauernde Demonstrationen größeren Umfangs stattfinden werden, bei denen auch der Einsatz von Gewalt nicht ausgeschlossen werden kann. Im Interview mit dem Verfasser bestätigten auch Mitglieder des DPR (des indonesischen Parlamentes), Prof. Dr. Astrid Susanto (PDKB) und Dr. Marwah Daud Ibrahim (*Golkar*) diese Einschätzung. Beide gehen davon aus, dass im Falle eines Irak-Krieges der ursprünglich moderate und westlichen Wertevorstellungen aufgeschlossene indonesische Islam erheblich radikalisiert werden wird, was letztlich – so Susanto – sogar zu einer Bedrohung der nach wie vor labilen Demokratie führen könnte³. Tatsächlich könnte das in Indonesien traditionell sehr stark in die Politik involvierte Militär (*Dwifungs*) die entstehende politische Unsicherheit nutzen, um selbst wieder an Einfluss zu gewinnen und den demokratischen Ansatz zu stoppen.

Auch besteht im Falle eines Irak-Krieges die Gefahr, dass im Rahmen von Kurzschlussreaktionen von Teilen der Bevölkerung undifferenziert gegen alles „Westliche“ vorgegangen wird – gegen diplomatische Vertretungen, wirtschaftliche Einrichtungen, westliche Bildungs- und Kulturstätten oder Touristen. Inwieweit die indonesischen Sicherheitskräfte in der Lage oder willens sind, gegen solche Ausschreitungen vorzugehen, kann nur schwer prognostiziert werden – in der Vergangenheit zeichnete sich in vergleichbaren Situationen das Verhalten der Polizei oft durch Untätigkeit aus.

Im Fall eines Irak-Krieges würden zudem die indonesische Regierung und die moderaten Muslimorganisationen *Nahdlatul Ulama* und *Muhammadiyah* vor erhebliche Schwierigkeiten gestellt werden. Sie alle lehnen radikale und gewalttätige Formen des Islam ab, werden sich jedoch selbst erheblich isolieren, wenn sie die Stimmung im Lande vollständig ignorieren. Gerade im Hinblick auf die Regierung oder die politische Elite im Allgemeinen wird eine solche Situation einen Spagat abverlangen, der nur schwierig durchzuführen sein wird: Da mittlerweile davon ausgegangen wird, dass auch 2004 demokratische Wahlen stattfinden werden, sind Politiker bestrebt, den Stimmungen des Landes nicht zu widersprechen, anderenfalls würden sie mögliche Wahlerfolge in 2004 reduzieren. Auf der anderen Seite ist Indonesien, gerade auch im Hinblick auf die nach wie vor katastrophale ökonomische Lage, auf die Unterstützung des Auslandes dringend angewiesen. Diese wäre nicht nur erheblich gefährdet, wenn die indonesischen Politiker selbst anti-westliche Sichtweisen öffentlich vertreten würden, sondern schon dann brisant, wenn im Ausland der Eindruck entstünde, man gehe nicht entschieden genug gegen radikale Demonstranten im eigenen Land vor. Bereits in den vergangenen Monaten wurden vereinzelte und in ihrem Umfang begrenzte Proteste vor der amerikanischen Botschaft in Jakarta von den Medien detailliert – und zum Teil auch überspitzt – in westliche Staaten übertragen. Dies hat mittlerweile dazu beigetragen, dass die ohnehin schon angespannte ökonomische Situation sich weiter verschlechtert. Im Fall eines Eintretens des oben beschriebenen wird sich diese Tendenz weiter verschärfen. Der schon jetzt und nach den Anschlägen von Bali erheblich beeinträchtigte Tourismussektor wird weiter geschwächt werden, gleiches muss für die bereits gegenwärtig rückläufigen FDI (Foreign Direct Investments) und inländische Investitionen erwartet werden. Da sich – im positiven wie im negativen Sinne – Staatssysteme auch über die wirtschaftliche Kraft des Landes legitimieren, muss ein möglicher Irak-Krieg mit seinen Folgen auch im Hinblick auf den indonesischen Demokratisierungsprozess als hinderlich bewertet werden. Die Möglichkeiten Indonesiens, auf eine solche überregionale Entwicklung Einfluss zu nehmen, sind ausgesprochen begrenzt. Aufgrund der katastrophalen ökonomischen Lage, die mit einer hohen Abhängigkeit gegenüber dem Wohlwollen vor allem westlicher Staaten einhergeht, kann nicht davon ausgegangen werden, dass Indonesien Irak-bezogene Fragen internationaler Politik auch nur ansatzweise beeinflussen kann. Dies wird durch die Unerfahrenheit und offensichtliche Führungs-

³ Im Interview mit Christoph Schuck, 22.11.02, Jakarta (DPR; Golkar-Zentrale).

schwäche der indonesischen Regierung, insbesondere der Präsidentin Megawati, zusätzlich verstärkt. Auf der anderen Seite muss davon ausgegangen werden, dass ein zur Radikalität neigendes Indonesien ein hohes Maß an seiner Souveränität einbüßen würde. Neben der Existenz zahlreicher Rohstoffe wie Öl, Erdgas, Kupfer, Gold und Holz gelten die indonesischen Gewässer als die mit am stärksten frequentierten weltweit. Sollten in Indonesien radikale und anti-westliche Kräfte langfristig die Oberhand gewinnen, spricht einiges dafür, dass aufgrund der geopolitisch wichtigen Lage des Landes, vor allem die Amerikaner bestrebt sein werden, dieses in irgendeiner Form zu kontrollieren – ein weiterer großer Konflikt wäre so vorprogrammiert.

Zusammenfassung und Ergebnis

Dass ein Irak-Krieg ausgesprochen negative Auswirkungen auf die Stabilität der Golfregion haben wird, ist offensichtlich – ebenso wie die Tatsache, dass sich die Folgen keinesfalls nur auf diese Region beschränken werden.

Besonders auch im Hinblick auf Indonesien muss mit negativen Konsequenzen gerechnet werden, die im schlimmsten Fall sogar den noch immer labilen Demokratisierungsprozess gefährden können. Gerade die indonesischen Streitkräfte (TNI) haben in der Vergangenheit wiederholt gezeigt, dass sie sich noch keinesfalls vollständig dem demokratischen System unterordnen wollen. Hier besteht die Gefahr, dass von diesen Kräften innenpolitische Instabilitäten genutzt werden könnten, um ihre eigene Machtposition zu sichern oder sogar auszubauen.

Eine solche politische Instabilität könnte entstehen, wenn durch endogene, aber vor allem auch durch exogene Einflüsse die in ihrer Tradition überwiegend moderaten indonesischen Muslime radikalisiert werden würden. In den letzten Monaten – unabhängig von den Ereignissen von Bali – konnte eine solche Tendenz bereits beobachtet werden. Ungeschickte Signalsetzungen des Auslandes und des IWF trugen merklich zu einer Zunahme ablehnender Haltungen vieler Indonesier gegenüber dem westlichen Ausland bei. Eine verbreitete Auffassung, übrigens keineswegs völlig unberechtigt, beinhaltet dabei das Argument, viele Staaten des Westens hätten bisher keinen ernsthaften und umfassenden Versuch unternommen, zwischen den radikalen Formen des Islam in einigen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und der moderaten und auf Werten der Toleranz basierenden in Indonesien zu differenzieren. Es ist genau ein solches Missverhältnis, das den Nährboden für eine Radikalisierung bereitstellt.

Ein Angriff der USA und seiner Verbündeten gegen den Irak würde erheblich dazu beitragen, dass sich anti-westliche Stimmungen im Land verstärken. Eine realistische Abwägung, inwieweit etwa Saddam Hussein selbst für eine Eskalation der Lage verantwortlich sein könnte und irakische Massenvernichtungswaffen eine ernsthafte Bedrohung darstellten, wird in Indonesien in dieser Form nicht vollzogen. Sollte ein Angriff auf den Irak stattfinden – unabhängig davon, ob er berechtigt oder notwendig ist – würde dies die unter normativen Gesichtspunkten wünschenswerte und günstige Ausgangslage einer auf Toleranz und Offenheit basierenden Interpretationsvariante der islamischen Lehre in Indonesien maßgeblich beeinträchtigen. Dies wäre nicht nur im Hinblick auf den Demokratisierungsprozess zu bedauern, auch würde die indonesische Ökonomie durch eine fortschreitende Isolation weiteren Schaden nehmen. Gerade in einer labilen Demokratie wie der indonesischen wird es schwer fallen, auf solche innenpolitische Entwicklungen rechtsstaatlich angemessen zu reagieren – sie selbst könnte schließlich Opfer einer zunehmenden gesellschaftlichen Instabilität werden. Einem Teufelskreis aus Armut, Ausgrenzung und Radikalität wäre so Tür und Tor geöffnet.

Dr. Hans.J. Esderts, Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung, Indonesien,
Christoph Schuck, (geb. 1976) ist Dipl. Sozialwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Entwicklungsländerforschung. Im Rahmen seines Promotionsprojektes über die indonesische Systemtransition hält er sich seit nun rund einem halben Jahr zu Forschungszwecken in Indonesien auf. Dabei wird er durch ein Stipendium des DAAD gefördert.

Email: christoph.m.j.schuck@web.de

Friedrich-Ebert-Stiftung, P.O.Box: 7927 JKSKM, Jakarta 12079/Indonesien, Tel.: 006221 717 926 36,
Fax: 006221 718 3714, e-mail: esderts@fes.or.id,